

Sigrid Faath, April 2002

## **Die ungelöste Berberproblematik in Algerien Grundlage für einen Dauerkonflikt**

Die Existenz der „Imazighen“<sup>1</sup> und der berberischen Sprache und Kultur ist in den Maghrebstaaten eine unleugbare Tatsache; sie ist unleugbar wie die berberischen Wurzeln der Bevölkerungen im Maghreb, der Tuareg in den Sahelstaaten und der einheimischen Bevölkerung auf den Kanarischen Inseln. Der Islamisierung des Maghreb im 7. und 8. Jahrhundert folgte sukzessive die sprachliche Arabisierung der Städte (7.-11. Jahrhundert) und eines Teils der ländlichen Regionen (11.-14. Jahrhundert). Die kulturelle und sprachliche Pluralität der Maghrebstaaten ist somit offenkundig, allerdings ist die berberische Sprache und Kultur nicht in allen Staaten gleich präsent: Während in Marokko schätzungsweise 40 % der Gesamtbevölkerung (nach anderen Quellen bis zu 60 %) berberophon sind, sind in Algerien – das über die politisierte berberophone Bevölkerung verfügt – 20-25 % berberophon, in Libyen verschwindend kleine 3 % und in Tunesien nur 2 %.<sup>2</sup> Trotz dieser sprachlichen und kulturellen Pluralität betonten die maghrebinischen Staatsführungen nach Erlangung der Unabhängigkeit einseitig die arabisch-islamische Identität ihrer Bevölkerungen und tabuisierten Diskussionen über die identitäre Frage. Erst durch die Mitte der 1980er Jahre zunehmenden wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und innergesellschaftlichen Probleme mit Oppositionsgruppen, die zu Teilliberalisierungen zwangen, kam es in den beiden Staaten mit den größten berberophonen Gemeinden, Algerien und Marokko, zu kleineren Zugeständnissen (Duldung der kulturellen Aktivitäten bzw. Zulassung von Vereinen). In Algerien stellt die Berberbewegung seither kontinuierlich Forderungen an den Staat, den sie sich nicht nur formal pluralistisch, sondern in sprachlicher, kultureller und anschauungsmäßiger Hinsicht pluralistisch wünscht. Symbolkraft hat in dieser Hinsicht die Forderung, das Berberische als zweite, gleichberechtigte nationale und offizielle Sprache in der Verfassung zu verankern. Die Berberbewegung bzw. die „Berberisten“<sup>3</sup> stehen mit ihren Forderungen im Widerspruch zu all jenen arabisch-nationalistisch, arabisch-islamisch-konservativ und islamistisch Orientierten, die einem Einheitsdenken verhaftet sind.

### **1. Eine Tradition der Unterdrückung und des Widerstandes: Das Beispiel Algerien<sup>4</sup>**

Am 23.1.1945 stellte Mohand Idir Ait Amrane ein von ihm komponiertes berberisches Lied vor, in dem die Jugendlichen aufgefordert wurden, sich für die Befreiung Algeriens von französischer Kolonialherrschaft zu engagieren: „Erheb´ Dich, Sohn der Amazigh“ heißt es in dieser ersten berberischen, patriotischen Hymne, die sich schnell verbreitete. Der berberische Nationalismus der Kolonialzeit löste in den 1940er Jahren eine Diskussion über die berberische Identität unter den überwiegend arabisch-orientierten algerischen Nationalisten aus. Mit Gründung

---

<sup>1</sup> Imazighen (Plural), Amazigh (Singular) ist die insbesondere seit den 1980er Jahren verstärkt benutzte Selbstbezeichnung der berberophonen Bevölkerung im Maghreb. Die berberische Sprache (bestehend aus lokalen, regionalen Dialekten) wird übergreifend meist mit dem Begriff „Tamazight“ bezeichnet; vgl. Encyclopédie Berbère, Aix-en-Provence, Band IV, 1987, S. 562-568.

<sup>2</sup> Zur Frage der Definition/des Selbstverständnisses als Berber vgl. zusammenfassend Faath, Sigrid: Die Berberbewegung Algeriens im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Realität und monolithischer Staatsideologie, in: Orient, Opladen, Nr. 3, 1989, S. 379-412.

<sup>3</sup> Der Begriff bezeichnet die Einzelpersonen oder in Vereinen und Parteien organisierten Personen, die sich aktiv für die Anerkennung und Förderung des Berberischen in all seinen Dimensionen einsetzen.

<sup>4</sup> Vgl. Kratochwil, Gabi: Die Berber in der historischen Entwicklung Algeriens von 1949-1990, Berlin 1996; vgl. auch Guenoun, Ali: Chronologie du mouvement berbère, Algier, 1999.

des *Front de Libération Nationale* (FLN) und dem Beginn des algerischen Befreiungskampfes am 1.11.1954 wurde die Klärung der Identitätsfrage allerdings zurückgestellt. 1962 zeigte der erste Präsident des unabhängigen Algerien, Ahmed Ben Bella, mit seinem Ausspruch: „Wir sind Araber, Araber, 10 Millionen Araber“ die Richtung auf, die bei der Identitätsfrage auf Kosten der realen Verhältnisse eingeschlagen werden sollte. Der arabische Nationalismus, die ausschließliche Betonung der arabischen und islamischen Identität wurde unter Einsatz von Repression durchgesetzt. Das Parteienverbot vom August 1963 bildete die Grundlage für die Einparteiherrschaft des FLN und die politische, kulturelle, sprachliche und religiöse Gleichschaltung der algerischen Bevölkerung unter dem Vorzeichen der „arabischen und islamischen Identität“. Die Gleichschaltungsversuche sind erfolglos geblieben; immer wieder mündete der Konflikt um die Identität in gewaltsame Unruhen: Als im Juni 1974 aus Anlaß des „Kirschenfestes“ in der Kabylei der Auftritt berberischer Sänger verboten wurde, brachen Unruhen aus, es gab Tote und Verletzte. Im Januar 1976 legten militante Berber Bomben vor dem Militärgericht von Constantine – einem Symbol der Repression – und vor dem Hauptsitz der Regierungszeitung *El Moudjahid* in Algier, weil die Zeitung vehement das Berberische ablehnte. Im Juni 1976 wurde per Referendum die „Nationale Charta“ als Dokument zur Orientierung der künftigen Politik angenommen; in ihr wurde die „unauflöslche Zugehörigkeit Algeriens zur arabischen Heimat“ und die Förderung der arabischen Sprache zum „Kernstück“ der künftigen Kulturpolitik, erklärt. Der Widerstand gegen die Einheitskultur fand in den 1970er Jahren Ausdruck bei Fußballspielen: Wenn der Fußballklub *Jeunesse Sportive de Kabylie* (JSK) antrat, wurden proberberische und regierungsfeindliche Parolen skandiert („Die berberische Sprache wird leben“, „Nieder mit der Diktatur“). 1977 sprach sich der in Marokko im Exil lebende Mohamed Boudiaf, Führer des 1963 verbotenen *Parti de la Révolution Socialiste*, für die Anerkennung des Berberischen aus; im November 1978 forderte Hocine Ait Ahmed, der im europäischen Exil lebende Führer des seit dem Parteienverbot in Algerien ebenfalls im Untergrund aktiven, von Studenten aus der Kabylei dominierten *Front des Forces Socialistes* (FFS) seinerseits die Anerkennung des Berberischen als gleichwertige Nationalsprache neben Arabisch. Der Zeitpunkt für diese Mobilisierung war denkbar ungünstig: Präsident Boumedienne war schwer erkrankt und lag im Sterben, die Nachfolgefrage war unregelt, die Staatsführung (Militär und Einheitspartei Spitze) befürchtete eine Gegenmobilisierung der Bevölkerung und interne Machtkämpfe. Zur Diskreditierung der berberischen Forderungen und ihrer Vertreter wurde damals vom algerischen militärischen Geheimdienst die „Affäre Cap Sigli“<sup>5</sup> instrumentalisiert. Der Geheimdienst lancierte die Nachricht, dass die berberische Opposition in der Kabylei mit marokkanischer Hilfe den Sturz des Regimes geplant habe. Wieder einmal wurden die Forderungen der Berberbewegung als spalterisch und die nationale Einheit gefährdend, als „neokoloniales Komplott von außen“ dargestellt. Der Nachfolger Boumediennes im Präsidentenamt 1979-1992, Chadli Bendjedid, behauptete am 17.4.1980 beharrlich, die Identitätsfrage stelle sich nicht, denn „wir sind arabisch, ob wir es wollen oder nicht. Wir gehören zur arabisch-islamischen Zivilisation“.

Trotz der steten offiziellen Bekundungen, die arabische Sprache als wesentlichen Teil der algerischen, arabisch-islamischen Identität fördern zu wollen, gelang dies nur unvollständig wie Proteste arabophoner Studenten im Dezember 1978 verdeutlichten: Sie streikten und verlangten endlich die Arabisierung von Verwaltungs- und Forschungseinrichtungen, damit ihnen Arbeitsmöglichkeiten eröffnet werden, weil in diesen Bereichen bislang Französischsprachige vorgezogen wurden. Der Druck der arabophonen Studenten, unterstützt von Gruppen, die den Muslimbrüdern nahe standen, mündete in eine neuerliche Betonung des Arabisierungswillens der Regierung und in Repression gegen Berberisten. Als es 1980 zum Verbot von Vorlesungen und Konferenzen über berberische Sprache und Kultur kam, mobilisierte sich ab 11.3.1980 eine

<sup>5</sup> Am 10.12.1978, zehn Tage vor dem Tode Präsident Boumediennes (27.12.1978), der zu diesem Zeitpunkt bereits im Koma lag, wurden angeblich mit marokkanischer Unterstützung bei Cap Sigli (Nähe Béjaia/Kabylei) per Fallschirm Waffen abgeworfen. Die marokkanische Staatsführung dementierte eine Verwicklung.

berberische Protestbewegung an der Universität Tizi-Ouzou (Parolen: „Nieder mir der Repression“, „Berberisch ist unsere Sprache“, „Wir haben genug von der Ungerechtigkeit“). Die Proteste weiteten sich in der Kabylei aus. Es kam schließlich zum Einsatz der Armee, zu Verhaftungen und Verurteilungen vor dem Staatssicherheitsgerichtshof. Eine kulturpolitische Debatte, wie sie die Berberisten wünschten, wurde indessen abgeblockt. Dennoch ist seit dem „Berberfrühling“ von 1980, der ein politisches Erwachen über kleinere Zirkel hinaus darstellt, das Sprachenthema nicht mehr aus der öffentlichen Debatte Algeriens verschwunden. Die Staatsführung zeigte sich 1986 schließlich zu einer Geste bereit: In der 1986 „angereicherten“ Nationalen Charta wurde erstmals die „berberische Komponente“ der algerischen Gesellschaft erwähnt. Mit der Aufhebung des Einparteiensystems und der Beschränkungen für die Vereinsgründung 1989 vervielfältigten sich die legalen Aktivitäten der Parteien wie des FFS und des aus der Berberbewegung *Mouvement Culturel Berbère* (MCB) 1989 entstandenen *Rassemblement pour la Culture et la Démocratie* (RCD) sowie der zahlreichen Berbervereine, die sich der Förderung der Sprache und Kultur verschrieben haben. Die staatliche Duldung mündete allerdings nicht in eine staatliche Unterstützung und ernsthafte Auseinandersetzung mit der Forderung nach der definitiven Anerkennung des Berberischen als zweite nationale Sprache. Ein Schulboykott in der Kabylei (1994), organisiert vom MCB, sollte deshalb die Staatsführung zu weiteren Verhandlungen zwingen. Am 28.5.1995 kam es zur Gründung eines *Hohen Kommissariats für Amazighité* und zu Vereinbarungen über eine verstärkte Lehrerausbildung; Pilotprojekte für den Sprachunterricht wurden schließlich in 18 Provinzen eingerichtet. Ein Teil der im MCB organisierten Berberbewegung gab sich angesichts der prekären Sicherheitslage in Algerien seit dem Ausbruch der bewaffneten Kämpfe mit den islamistischen terroristischen Gruppen 1992 mit diesen Zugeständnissen als „Zwischenlösung“ zufrieden (*MCB-Nationale Sammlung; MCB-Nationale Koordination*, RCD-nahe). Die Fraktion *MCB-Nationale Kommission* (FFS-nahe) wollte indessen die Anerkennung des Berberischen als zweite Nationalsprache durchsetzen und plädierte – allerdings vergeblich – für die Fortsetzung des Schulboykotts. Seit Herbst 2000 bietet die *Ecole Normale Supérieure* in Bouzaréah (Algier) – zusätzlich zu den Abteilungen für Berberstudien an den Universitäten Tizi-Ouzou und Béjaia – die Möglichkeit zu einem akademischen Abschluß, der für das Lehramt qualifiziert. Der Bedarf an Lehrern kann jedoch mit den begrenzten Mitteln nicht gedeckt werden. Umso provozierender wurde die parallel laufende Arabisierungsstrategie der Staatsführung empfunden, die ein deutliches Zugeständnis an die arabisch-nationalistisch und islamisch-konservativ bis islamistisch orientierten Teile der algerischen Bevölkerung darstellt. Das bei Reformwilligen und Modernisierungswilligen sehr umstrittene Arabisierungsgesetz, das sich durch zahlreiche Strafbestimmungen auszeichnet, trat schließlich am 5.7.1998 in Kraft. Es löste in der Kabylei Proteste, jedoch keine allgemeinen Unruhen aus. Selbst als der im April 1999 neu gewählte Präsident Abdelaziz Bouteflika im September 1999 erklärte, Berberisch würde niemals den Status einer nationalen Sprache erhalten, blieben massive Proteste aus und die Feiern zum 20. Jahrestag des „Berberfrühlings“ im Jahr 2000 verliefen ohne Zwischenfälle. Die Forderungen der Berberisten waren indessen nicht vergessen; die nach wie vor prekäre Sicherheitslage in der Kabylei und die schwierigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen hatten sie lediglich vorübergehend in den Hintergrund gedrängt.

## **2. Der „Schwarze Frühling“ 2001**

Es gab zwei konkrete Auslöser für die Unruhen, die Ende April/Anfang Mai 2001 weite Teile der Kabylei erfassten. Das erste Ereignis war der Tod eines Gymnasiasten beim Verhör in den Räumen der *Gendarmerie Nationale* in Beni Douala durch eine angeblich versehentlich gelöste Salve aus einer Maschinenpistole am 18.4.2001. Das zweite Ereignis war die Verhaftung von drei Gymnasiasten am 22.4.2001 in Amizour bei Béjaia, weil sie angeblich Parolen gegen die Staatsführung gerufen hatten. Das Verhalten der *Gendarmerie Nationale*, die Art und Weise, wie sie in beiden Fällen die Jugendlichen behandelte, löste in den betreffenden Orten Protestkundgebungen aus, die in Angriffe auf Gebäude, Fahrzeuge und Mitglieder der *Gendarmerie Nationale* mündeten und ab 25.4.2001 auf weitere Orte und Provinzen der Kabylei

übergriffen. Es fanden täglich Protestdemonstrationen statt; gewaltsame Proteste lösten sich mit gewaltfreien ab. Ab 10.6.2001 brachen erstmals Unruhen außerhalb der Kabylei aus; die ebenfalls gewaltsam verlaufenden Demonstrationen im ostalgerischen Aurès (berberophones Gebiet der Chaoui), in Kenchela bei Batna, im Wilaya Oum El Bouaghi und in Annaba beruhigten sich jedoch relativ schnell. Die Eskalation der Proteste und ihre Dauerhaftigkeit in der Kabylei standen in engem Zusammenhang mit dem Verhalten der Gendarmerie Nationale, die durch ihr brutales Vorgehen und die fortgesetzte Verwendung scharfer Munition die Stimmung anheizte.<sup>6</sup>

Die Unruhen wurden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen, die autonom von politischen Parteien und Vereinen agierten. Ab Mai kam es zu Solidaritätsdemonstrationen und Solidaritätsbekundungen vor allem des MCB, des RCD und FFS; Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse hatten diese Organisationen indessen nicht. Um die Unruhen in friedliche Bahnen zu lenken und Konfliktlösungsstrategien auszuarbeiten, gründete sich ab Mai 2001 eine *Bewegung freier Bürger*, die sog. *Komitees der Stämme* (Aarch), *Daira*/lokale Verwaltungseinheit und *Gemeinden* bildeten. Diese *Comités des aarchs, dairas et communes* (CADC) wählten sich wiederum Koordinierungskomitees auf Provinzebene, die *Coordinations des comités des aarchs, dairas et communes* der sechs von den Unruhen betroffenen Wilaya der Kabylei: Tizi-Ouzou, Béjaia, Sétif, Boumerdes, Bordj Bou Arreridj, Bouira. Für die Wilaya-übergeordnete Koordinierung wurde eine *Coordination Interwilaya* gegründet. Die lokalen Komitees setzen sich aus Bürgern zusammen und genießen unter den Jugendlichen Respekt, deren Proteste sich gegen den Machtmissbrauch staatlicher Repräsentanten (v.a. der Gendarmerie Nationale), die bürgerverachtenden Verwaltungseinrichtungen und Verwaltungsangestellten, die Begünstigung, generell die Nichtachtung des Schwächeren bzw. die Arroganz der Mächtigen, denen die Wünsche der Bürger egal sind, richten (EW, 13.6.2001): „Gegen die hujra“ (Verachtung) lautet die oft skandiierte Parole<sup>7</sup> der Demonstranten. Zusätzlich zu den Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Arbeit, Beachtung der Bürgerbelange wurde die Anerkennung des Berberischen (Tamazight) als nationale und offizielle Sprache eingefordert (Parolen u.a.: „Heute, morgen, Tamazight wird es immer geben“; „Korrigiert die Geschichte, wir sind keine Araber“; „Wir geben nicht nach“).

Auf mehreren Großdemonstrationen<sup>8</sup> seit Ausbruch der Unruhen wurde diese Unzufriedenheit der Demonstrierenden mit der Staatsführung zum Ausdruck gebracht. Die Bürgerkomitees und ihre Koordinierungsgremien versuchten, die Forderungen schriftlich zu fassen, um sie der Staatsführung überreichen zu können. Am 7.6.2001 verabschiedeten Repräsentanten der Koordinierungsgremien auf Wilaya-Ebene eine gemeinsame Plattform (Plattform von El Kseur), auf die sich bis heute die Repräsentanten der seit Herbst 2001 über die Strategie gegenüber der Staatsführung gespaltenen CADC berufen. Das Forderungspaket der Plattform von El Kseur ist dreigeteilt: Im *ersten Teil* „gegen Ungerechtigkeit und Straffreiheit“ werden u.a. gerichtliche Verfahren gegen diejenigen Mitglieder der Gendarmerie Nationale gefordert, die Tote zu verantworten haben und denen Übergriffe gegen die Bevölkerung nachgewiesen werden können; gefordert wird schließlich der vollständige Abzug der Gendarmerie Nationale aus der Kabylei und

<sup>6</sup> Vom 18./19.4. bis Ende Juni 2001 wurden 97 Tote gezählt, bis Ende Januar 2002 insgesamt 107 Tote und 1.961 Verletzte (EW, 23.1.2002; BBC, 24.1.2002). Von April bis Juli 2001 entstand alleine in einer Gemeinde (Tizi-Rached) der Wilaya Tizi-Ouzou ein Sachschaden von 61 Mio. AD (EW, 5.11.2001).

<sup>7</sup> Weitere Parolen: „Terroristische korrupte Regierung“; „Wir haben genug von den Machthabern“; „Gebt uns Arbeit“; „Für die Achtung und Würde des Bürgers“.

<sup>8</sup> Darunter die Großdemonstration am 1.5. in Algier (Aufruf FFS; 30.000 Teilnehmer); 10.5. in Algier (Aufruf MCB-Nationale Koordination); 21.5. in Tizi-Ouzou (Aufruf durch die im Mai gegründeten CADC; 300.000-500.000 Teilnehmer); 31.5. in Algier (Aufruf FFS; 200.000-300.000 Teilnehmer); 14.6. in Algier ca. 1 Mio. Teilnehmer (Aufruf durch die CADC); 20.8. in Ifri über 100.000 Teilnehmer; 5.10. der Marsch von 4-5.000 Delegierten der CADC nach Algier wurde gestoppt (EW, 5.-6.10.2001).

ihre Ablösung durch Polizeikräfte sowie eine Entschädigung<sup>9</sup> der Opfer. Der *zweite Teil* umfasst „demokratische Forderungen“, u.a. die bedingungslose Erfüllung der berberischen Forderungen hinsichtlich Identität, Sprache, Kultur; ferner die Abschaffung der *hujra*, die Gewährung von Anschauungs-/Meinungs- und Gewissensfreiheit. Der *dritte Teil* stellt sozioökonomische Forderungen: u.a. wird der Staat zur Behebung der Unterentwicklung und Verarmung der Bevölkerung und zum Bau von Sozialwohnungen sowie zur Erarbeitung eines sozioökonomischen Notplanes für die Region Kabylei aufgefordert (Text: EW, 10.6.2001). Diese Forderungen wollten die Repräsentanten der CADC dem Präsidenten im Rahmen einer friedlichen Großdemonstration in Algier übergeben. Nach den – provozierten Ausschreitungen – bei der Großdemonstration in Algier am 14.6., bei der eine Übergabe nicht gelang, kam es erst im September 2001, nach fortgesetzten Protesten und Drohungen mit einem Wahlboykott in der Kabylei bei den Ende Mai 2002 anstehenden Legislativwahlen, zu einem Angebot der Staatsführung. Ein Durchbruch deutete sich an, als Präsident Bouteflika am 23.9.2001 verlauten ließ, Tamazight könne Nationalsprache werden (EW, 25.9.2001); damit blieb Präsident Bouteflika jedoch hinter der Forderung nach einer gleichberechtigten Anerkennung des Tamazight als zweite offizielle Sprache zurück. Premierminister Benflis leitete dennoch Gespräche mit den CADC ein, von denen ein Teil zum Dialog bereit war. Für den einen Dialog ablehnenden Flügel der CADC waren Gespräche nicht akzeptabel, solange die Staatsführung nicht vorab die Forderungen der Plattform von El-Kseur als legitim akzeptiert. Zwischen Regierungsvertretern und dialogbereiten CADC-Mitgliedern fand am 6.12.2001 ein Treffen statt, auf dem die Gründung von vier gemischten Arbeitskreisen (EW, 8.12.2001) vereinbart wurde, in denen die staatlichen Vertreter und Repräsentanten der CADC einen für alle tragbaren Kompromiß zu den zentralen Forderungen erarbeiten sollten. Nach massiven Protesten in der Kabylei gegen den Dialog am 20.12.2001 wichen die dialogbereiten CADC-Repräsentanten schließlich von ihrer Kompromissbereitschaft ab. Die Arbeitskreise mit den Regierungsvertretern gingen am 8.1.2002 ergebnislos zu Ende. Die „aus dem Umfeld der Präsidentschaft“ gezielt lancierte Meldung, eine Verfassungsänderung stünde nicht mehr oben auf der Agenda des Präsidenten, mit anderen Worten, eine verfassungsmäßige Verankerung von Tamazight als Nationalsprache würde auf absehbare Zeit nicht realisiert werden, führte bei der Bevölkerung der Kabylei im Januar 2002 zu neuen Zweifeln an den Absichten der Staatsführung (EW, 13.1.2002). Die Proteste in der Kabylei gehen deshalb weiter; fast ein Jahr nach Ausbruch der Unruhen ist eine Lösung des Konfliktes nicht in Sicht. Die algerische Staatsführung scheint zu einem demonstrativen Schritt gegen das Einheitsdenken, zugunsten eines pluralen identitären Konzeptes nicht gewillt. Die trotz gesellschaftlicher Veränderungen weiterbestehende Verankerung einiger Amtsträger im Einheitsdenken hat an der Ablehnung einer neuen identitären Politik sicherlich ebenso ihren Anteil wie die Angst vor militanten Reaktionen der Gegner aus den Kreisen der Islamisten, Arabo-Nationalisten und islamisch-Konservativen, die in Algerien auch 2002 noch einflussreich sind.

### 3. Die maghrebinische Dimension

Die marokkanischen Berbervereine,<sup>10</sup> von denen einige bereits in den 1960er/1970er Jahren, das Gros jedoch erst in den 1990er Jahren gegründet wurde, waren bis 1991 nicht auf nationaler

---

<sup>9</sup> Eine Entschädigung für die Familien der Opfer und die Übernahme der Krankenversorgungskosten für die Verletzten wurde im Januar 2002 von der Regierung zugesagt (BBC, 24.1.2002).

<sup>10</sup> Zu den marokkanischen Vereinen mit überregionaler Bedeutung zählt die 1967 gegründete *Association Marocaine de Recherche et d'Echange Culturels* (AMREC) und die *Association Tamaynut*. Die Association Tamaynut wurde unter dem Namen *Association Nouvelle pour la Culture et les Arts Populaires* (ANCAP) 1978 von Mitgliedern der AMREC gegründet. Die Association Tamaynut ist auf internationaler Ebene aktiv und legte z.B. auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban (31.8.-7.9.2001) einen Bericht über die „kulturelle Unterdrückung in Marokko“ vor (Details: [www.waac.org](http://www.waac.org)). Vgl. Kratochwil, Gabi: Die Berbervereine in Marokko zwischen kultureller und politischer Opposition, in: Orient, Opladen, Nr. 3, 1999, S. 453-467.

Ebene koordiniert. Die wissenschaftliche Forschung zu historischen und linguistischen Themen und die lokale Sprach-/Kulturförderung dominierten die Aktivitäten der Vereine. Die marokkanische Berberbewegung wurde nach eigener Einschätzung von den Entwicklungen der algerischen Berberbewegung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre stark beeinflusst (LVE, 22.6.2001). Die Tatsache, dass in Marokko seit der Unabhängigkeit Parteienpluralismus zugelassen ist und einige Parteien<sup>11</sup> sich zumindest in ihrem Programm für die Förderung und den Erhalt der berberischen Sprache und Kultur einsetzen, entzernte in Marokko die Situation. Erst 1991 kam es zu einem Koordinierungstreffen der Berbervereine auf nationaler Ebene und zur Formulierung politischer Forderungen (Charta von Agadir). Zentrale Forderung der Berberisten in Marokko ist ebenfalls die gleichberechtigte Anerkennung des Berberischen als zweite nationale und offizielle Sprache. Kleinere Zugeständnisse machte König Hassan im Herbst 1994 (Sprachförderung an Schulen; Radiomeldungen in Berberisch), als er das herrschende Tabu brach und die berberische Kultur als Teil der marokkanischen Identität bezeichnete. Seither ist das Thema der pluralen Identität in der öffentlichen Debatte. Ein erstes Treffen der marokkanischen Berbervereine nach dieser Aufwertung der Berberkultur im Mai 2000 in Bouznika führte zur Gründung des *Comité du Manifeste Amazigh*, dessen Ziel es ist, die Anerkennung des Berberischen als zweite Nationalsprache durch eine Unterschriftenaktion zu unterstützen; bis Juli 2001 sollen über 1 Mio. Unterschriften zusammengekommen sein (Maroc-hebdo, 6.7.2001). So ist es nicht verwunderlich, dass König Mohammed VI. nach dem Ausbruch der Unruhen in Algerien im April 2001 im Stile seines 1999 verstorbenen Vaters reagierte, und erneut ein Zugeständnis machte, um in Marokko eine konflikthafte Entwicklung zu verhindern: Am 30.7.2001 kündigte der König in seiner Thronrede (BBC, 30.7.2001) die Gründung eines *Königlichen Instituts für Berberkultur* (Amazighité) an, nachdem er explizit betont hatte, dass es in Marokko kein Identitätsproblem gebe, weil alle Komponenten der marokkanischen Identität anerkannt seien. Nötig sei es jedoch, über die Förderung des Berberischen neu nachzudenken. Am 17.10.2001 wurde das Gründungsdekret des Instituts unterzeichnet (BBC, 18.10.2001), dessen Aufgabe u.a. die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Förderung und Integration des Berberischen in das Bildungswesen umfasst.

In Tunesien kam es wegen der geringen Anzahl Berberophoner seit der Unabhängigkeit zu keinen identitären Forderungen. Es sind somit die Berberbewegungen in Algerien, Marokko und – seit Ende der 1990er Jahre verstärkt – in Libyen,<sup>12</sup> die den Stellenwert der arabisch-islamischen Identität, verbunden mit der quasireligiösen Reverenz für die arabische Sprache als „Sprache des Koran“, in ihren jeweiligen Staaten in Frage stellen. Sie relativieren sie und nehmen gleichzeitig eine objektivere Bewertung ihrer historischen Wurzeln und der kulturellen Einflußfaktoren im Maghreb vor. Die marokkanische Vereinigung Tamaynut hat mit ihrer Forderung an die maghrebinischen Politiker, den „provokanten“ Begriff vom „Arabischen Maghreb“ fallen zu lassen und durch einen „realistischeren, demokratischeren, unsere Maghrebidentität respektierenden“ Begriff zu ersetzen (wie „Großmaghreb“, „Maghrebstaaten“) auf die Brisanz der gegenwärtigen identitären Debatte für die künftigen maghrebinischen Beziehungen hingewiesen (Maghreb-liste, 2.9.2001). Die Zahl der Berberophonen in Marokko und Algerien ist zu gewichtig, um diese Debatte als irrelevant abtun zu können. Ähnliches gilt für den spezifisch algerischen Konflikt: Wenn auch die virulenten Auseinandersetzungen um Sprache, Kultur und Identität seit Frühjahr 2001 in Algerien ohne Zweifel durch die sich ständig verschlechternde

<sup>11</sup> Wie der 1958 zugelassene *Mouvement Populaire*; der 1991 vom *Mouvement Populaire* abgespaltene *Mouvement National Populaire* und seit den 1980er Jahren der *Parti pour le Progrès et le Socialisme*.

<sup>12</sup> In Libyen wurde nach der Libyschen Revolution von 1969 trotz berberischer Bevölkerungsteile (u.a. in Zuwara, Jabal Nafusa) ausschließlich die arabische Komponente der Gesellschaft betont; selbst den Tuareg im Fezzan wurde von Revolutionsführer Qaddafi arabische Herkunft unterstellt. Gegen diese Sichtweise formierte sich in den letzten Jahren zunehmend Widerstand, zuletzt am „17.9.2000“ (=2000) mit der Gründung des *Agraw A Libi N Tmazight/Libyan Tmazight Congress* in London (vgl. www.libyanet.com).

sozioökonomische Lage der Bevölkerung und die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen verschärft wurden, zur Entschärfung des Konfliktes ist es notwendig, auf die identitäre Forderung einzugehen. Wird in Algerien die Identitätsfrage erneut gewaltsam unterdrückt, wird der Konflikt weiter schwelen – bis zum nächsten Gewaltausbruch.